

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 234 (1961)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

Vom 1. Juni 1959 bis 31. Mai 1960

Wenn man die lange Liste von Ereignissen des Berichtsjahres durchgeht, so fallen einem unwillkürlich die vielen Staatsbesuche auf, die abge- stattet wurden, immer mehr zum Tagespro- gramm gehörten und für den Zeitungsleser all- mählich zu etwas Selbstverständlichem wurden. Zwar ist man sich seit John Foster Dulles, dessen Tod sich im Mai 1960 zum ersten Mal ge- jährt hat, an mancherlei Bliß- und andere diplomatische Reisen zu Wasser, zu Land und in der Luft ge- wöhnt. Was uns aber das vergangene Jahr an Reisen von Staatsmännern vor und hinter den Eisernen Vorhang geboten hat, übertrifft bei weitem alles Frühere. Gründe für dieses Reise- fieber gibt es mancherlei. Von großer Bedeu- tung war ohne Zweifel der Umstand, daß etliche Staatsmänner die Ansicht vertreten, in Begeg- nungen von Mann zu Mann lasse sich mehr heraus- holen als auf den sonst üblichen Diplomatenwegen, wo ein Brief eine Antwort erheischt, die ihrerseits wieder einer Präzisierung ruft, welche natürlich auch auf der Gegenseite korrigiert werden muß, worauf dann erneut die erste Partei Stellung beziehen muß. . . Kommt hinzu, und das ist ent- scheidend, daß die modernen Verkehrsmittel über- haupt erst eine solche Hochkonjunktur an Diplo- matenreisen erlauben. Wenn ein Ministerpräsident oder Staatschef 4-5 Wochen von zu Hause ab- wesend sein müßte, um mit Präsident Eisenhower oder Macmillan oder Nehru zusammentreffen zu können, verzichteten wohl die meisten auf solche Touren. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß 1960 und 1961 wohl noch mehr Reisen von bedeutenden Staatsmännern unternommen werden, als 1958 und 1959 er- folgten. Schließlich spielte in nicht wenigen Fällen auch die Furcht vor einem dritten Weltkrieg mit hinein; es ist schwierig festzustellen, wie oft diese einen Verantwortlichen bewog, ein Flugzeug zu besteigen und rasch in ein anderes Land oder auch in einen anderen Kontinent zu fliegen, um per- sönlich sich an kompetenter Stelle orientieren zu lassen oder um sein persönliches Prestige für die Erhaltung des Friedens einzusetzen oder um in Koexistenzphrasen sich ergehen zu können.

Die Reisen im Zusammenhang mit der Pari- ser Gipfelkonferenz im Mai 1960, die zu Ende war, noch ehe sie begonnen hatte, sind wohl die bedeutendsten im ganzen Berichtsjahr. So tragisch der Ausgang dieses Gipfeltreffens war, so wenig überraschte er den aufmerksamen Be- obachter der außenpolitischen Ereignisse. Wenige Tage nach dem Tode und dem Begräbnis von Dulles, worüber letztes Jahr noch berichtet wer- den konnte, nämlich am 3. Juni des vergangenen Jahres, hat Präsident Eisenhower, offensichtlich noch ganz unter dem Eindruck der harten Politik des verdienten amerikanischen Staatssekretärs Dulles, als Bedingungen für die Abhaltung einer Gipfelkonferenz die volle Anerkennung der westlichen Rechte in Westberlin durch die Sowjetunion genannt. Es vergingen knapp 11 ½ Monate, da konnte es Chruschtschow wagen, in Paris an einer Pressekonferenz kurz vor seinem Abflug zu erklären, die Sowjetunion sei zwar friedliebend (was immer noch zu beweisen wäre), aber der jetzige amerikanische Präsident habe Manieren, daß man nicht mit ihm an einen Tisch sitzen könne. Vielleicht gehe es mit dem nächsten oder übernächsten amerikanischen Präsidenten bes- ser. Ist es zuviel behauptet, wenn eine Begegnung Chruschtschows mit dem übernächsten amerikani- schen Präsidenten bereits jetzt als aussichtslos taxiert wird? Die große Frage ist heute, wie lange sich Chruschtschow noch im Amte halten kann. Zwar fühlt er sich besonders stark nach den jüngsten Ver- schiebungen im Kreml (Ersetzung des Staatsober- hauptes Woroschilow durch den erst 54jährigen Breschnew). Woroschilow ist angeblich aus Ge- sundheitsrücksichten und altershalber zurückgetre- ten. Auf Grund seiner jahrelangen Verdienste für die Sowjetunion ist ihm der Ruhestand sicher zu gönnen. Der Rücktritt kam aber so unerwartet, daß die Vermutung sehr naheliegt, andere Grün- de seien mit im Spiele. Welche es sind, wird viel- leicht die Zukunft zeigen. Jedenfalls scheint es im Moment, daß diese Mutation und die verschie- denen Neubesetzungen in der allerhöchsten Partei- leitung im Kreml wirklich nach dem Wunsch Chruschtschows vorgenommen wurden, der sich so- mit auf der Höhe seiner Macht wohlfühlen kann. Aber noch kein Bergsteiger ist auf der Höhe eines Gipfels geblieben. Entweder kam er auf einem

normalen Weg wieder hinunter oder er stürzte ab. Wir sind auch hier trotz ernster Lage Optimisten und sehen voraus, daß Chruschtschow eines Tages anderen Platz machen muß. Vielleicht noch bevor Eisenhower gehen muß... Auch das erste Welt- raumfahrzeug, das am Vorabend der ominösen Pariser Gipfelkonferenz mit viel Tamtam in den Weltenraum ausgesandt wurde, ist kein Beweis dafür, daß nicht innen- politische Schwierigkeiten und solche im Ver- hältnis zu den Satelliten- staaten die Stellung des russischen Oberhauptes erschüttern könnten.

*

Doch zurück zur Reise- diplomatie. Raumes- halber können nur die allerwichtigsten Reisen führender Staatsmän- ner erwähnt werden; ge- nannt seien der vier- tägige Staatsbesuch de Gaulles in Italien, die Reisen Hammarströms nach Kairo, um Nasser zu bewegen, den Suez- kanal auch für Israel wieder zu öffnen, die di- versen Hin- und Her- reisen im Zusammen- hang mit der Genfer Außenministerkonfe- renz, die erstmals Mit- te Mai 1959 begonnen

hatte, am 20. Juni unterbrochen wurde, am 13. Juli erneut zusammentrat und bald darauf elendiglich versandete, ferner die Reisen Chruschtschows nach Warschau, nach Peking, durch die USA, durch Frank- reich, ans Schwarze Meer, die Reisen des amerika- nischen und des sowjetischen Vizepräsidenten je ins andere Land zur Eröffnung einer amerikanischen Ausstellung in Moskau bzw. einer russischen in den Vereinigten Staaten, die Flüge verschiedener

britischer Staatsmänner nach Moskau usw. usw. Auch Präsident Eisenhower war mehr auf Reisen als (mit Ausnahme seines unmittelbaren Amtsvorgängers Truman) alle anderen ameri- kanischen Präsidenten zusammengenommen. Am 2. September erlebte er einen geradezu stürmischen

Empfang in Paris; man konnte die Schaufenster der französischen Haupt- stadt, welche kein Bild Eisenhowers ausgestellt, keine amerikanische Fah- ne ausgehängt hatten, besser zählen als die an- deren. Drei Monate spä- ter begab sich der ameri- kanische Präsident auf eine mehrwöchige Asien- und Europareise, wobei er allein in Indien meh- rere Tage zubachte und am Vorabend von Weih- nachten als erstes Staats- oberhaupt Spanien ei- nen offiziellen Besuch abstattete, seit General Franco das Regiment in Händen hält. Allmählich scheint doch die Auf- fassung durchzukommen, daß es für den Westen heute viel wichtiger ist, mit Spanien zusammen- zuarbeiten, als die ganze Pyrenäenhalbinsel sich selber zu überlassen. Da- bei müssen wir gegenüber der spanischen Diktatur nach wie vor unsere Vor-



Max Petitpierre
Bundespräsident für das Jahr 1960
Photopress-Bilderdienst, Zürich

behalte anbringen. Aber die erste und grundsätzliche Frage dreht sich heute nicht um die Staatsform, sondern um die Frage Kommunismus oder nicht. Und in dieser Beziehung hat Franco wohl eine der weißesten Westen in ganz Europa. So ist es denn nicht verwunderlich, daß im Laufe des Berichts- jahres Spanien in die OEEC aufgenommen wurde. Verwundern kann man sich höchstens darüber, daß es so lange dauerte, bis die westlichen Alliierten die

Bedeutung Spaniens (auch auf wirtschaftlichem Gebiet) erkannt haben.

Wohl den meisten Lesern ist noch manches in Erinnerung, was sich im Zusammenhang mit den verschiedenen diplomatischen Reisen abgespielt hat, etwa die fast friedliche, jedenfalls stark nach Koexistenz riechende Besprechung Eisenhower-Chruschtschow in Camp David, die Diskussion die in unserem südlichen Nachbarland entstand, als Staatspräsident Gronchi es für nötig erachtete, zusammen mit dem italienischen Außenminister nach Moskau zu fahren, der spektakuläre Empfang Chruschtschows in Paris im Monat März oder das Bild vom Empfang Präsident Eisenhowers durch Papst Johannes XXIII. Es erübrigt sich, weiter darauf einzutreten. Aber es sei doch die Feststellung erlaubt, daß wir, nachdem die Pariser Gipfelfunkonferenz im Mai 1960 gescheitert ist, doch Mühe haben, zu verstehen, wie es dazu kommen konnte. Wenn wir jetzt nochmals zurückdenken an die anfangs Juni 1959 von Eisenhower genannten Bedingungen über das Zustandekommen einer Gipfelfunkonferenz, die oben erwähnt wurden, dann scheint es doch, daß wir auf der richtigen Spur sind, wenn wir zu behaupten wagen, die Alliierten, insbesondere die Amerikaner, seien wieder einmal zu schwach und zu nachgiebig gewesen. In der Tat sprach vor dem Gipfeltreffen kein Mensch mehr von amerikanischen Bedingungen; man war vielmehr darauf gefaßt, die russischen sich anhören zu müssen. Und in der Tat kam es so heraus. Weil Präsident Eisenhower fast in allerletzter Minute doch noch hart blieb und sich bei Chruschtschow nicht für den Luftzwischenfall vom 1. Mai entschuldigte, konnte die Situation für einmal noch gerettet werden. Daß Chruschtschow sich so unwürdig aufführte, in jeder Anstandsregel Hohn sprechenden Weise über Präsident Eisenhower herfiel und in faltstnänziger Art westdeutsche Journalisten angeiferte, läßt darauf schließen, daß er doch nicht ganz auf seine Rechnung kam. Das allmähliche Nachgeben der Alliierten, besonders der Amerikaner, die innerhalb der NATO in doch entscheidenden Punkten herrschende Uneinigkeit und anderes mehr ließ ihn vielleicht zur Annahme verleiten, daß er als der große Weltbeherrscher nach Paris kommen und dort die anderen vor sich auf die Knie zwingen könne. Dieses Ziel hat nun

Chruschtschow nicht erreicht. Die westlichen Regierungschefs hätten aber nicht unwesentlich an Prestige noch gewinnen können, wenn sie, nachdem Chruschtschow auf einer Entschuldigung durch die Amerikaner beharrte, diesen in Paris hätten sitzen lassen und in London, Bonn oder anderswo allein weiterkonferiert hätten. Aus Furcht, den Tadel einstecken zu müssen, sie hätten die Gipfelfunkonferenz zum Scheitern gebracht, haben sie Chruschtschow den Vortritt beim Abreisen gelassen. Die Folge wird nun die sein, daß Chruschtschow trotzdem den Westen dafür verantwortlich macht, daß die Konferenz nicht nur keine Ergebnisse zeigte, sondern nicht einmal begonnen werden konnte. Rücksichtnahme auf die Sowjetrussen hat sich noch nie gelohnt. Wenn der Westen das doch endlich einsehe!

*

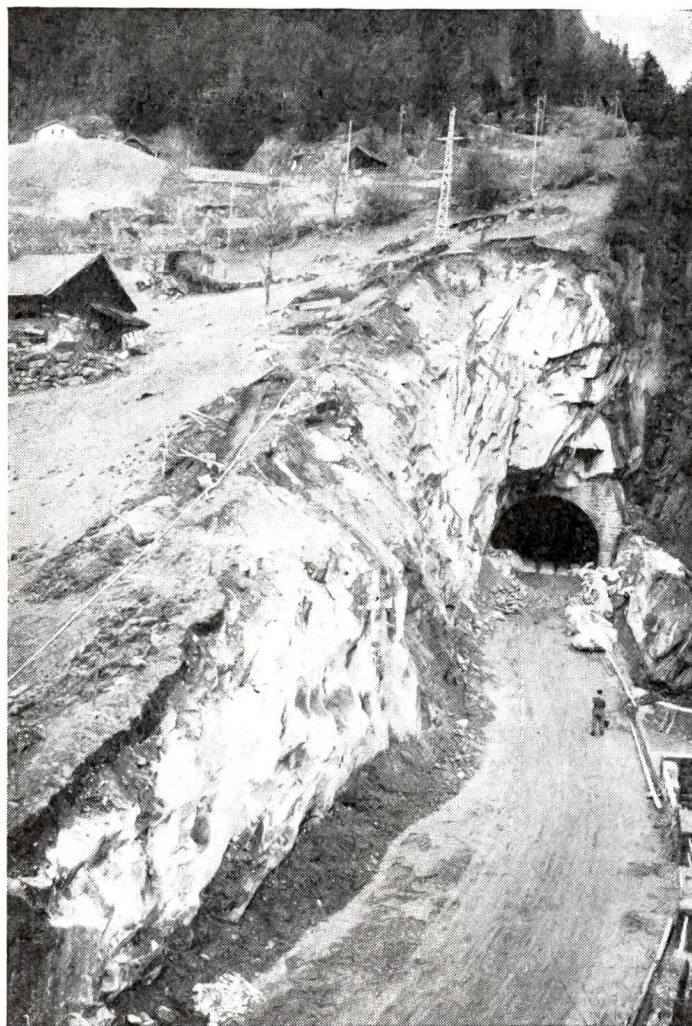
In diesem Zusammenhang müssen wir uns noch mit dem Luftzwischenfall von Sverdlowst befassen, der sich am 1. Mai ereignete. Ob ein unglücklicher Zufall oder die kalt berechnende sowjetische Mächenschaft Chruschtschow diesen Propagandatrumpf in die Hände spielte, ist zur Stunde noch nicht abgeklärt. Jedenfalls bestehen ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit der russischen Version, nach welcher durch einen Raketenentreffer das U-2-Flugzeug heruntergeholt worden war. Es ist doch sehr wahrscheinlich, daß nach einem Raketenentreffer von einem Flugzeug nicht mehr viel vorhanden sein kann. Moskau aber berichtete, daß der Pilot heil abspringen konnte und wohlauf sei, daß aus den Trümmern des Flugzeuges unzählige vollkommen intakte Flugzeugteile zusammengetragen werden konnten, ja, daß total unbeschädigte Photographien von Luftaufnahmen über Rußland vorgefunden wurden. Auf Grund der ersten sowjetischen Funkbilder konnte der Konstrukteur der U-2 kein einziges Bauelement des fraglichen Flugzeugtyps identifizieren. All das führt zu dem Schluß, daß das Flugzeug infolge einer Panne zur Landung gezwungen war und nachher am Boden mehr oder weniger zerstört wurde, um dann die Trümmer in Moskau auf einer Ausstellung zeigen zu können. Am sichersten könnte uns der Pilot des „abgeschossenen“ Flugzeuges, Hauptmann Powers, Auskunft geben. Doch die Sowjets hüten ihn mehr als den

eigenen Augenstern, um zu verhindern, daß er mit seiner Heimat, seinen Angehörigen, selbst mit der amerikanischen Botschaft in Moskau, Verbindung aufnehmen kann.

Ohne Zweifel war die amerikanische Reaktion unglücklich, plump, und vergrößerte so nur die Einbuße an Prestige, welche die USA in den neutralistischen Ländern durch die Spionageschlappe ohnehin schon erlitten haben, obwohl heute eigentlich jedermann wissen sollte, wieviel Uhr es hinsichtlich der sowjetischen Spionage geschlagen hat. Allein, bestimmt sind in ganz Westeuropa ungezählte Ostagenten tätig, doch gelingt es den noch so aufmerksamen Beobachtungen und Fahndungen der Behörden und Polizeiorgane lediglich, einige Tausend pro Jahr festzunehmen und zu verurteilen. Wir wissen aus der eigenen Erfahrung, daß selbst die Schweiz als neutrales Land nicht verschont bleibt. Die beiden Angehörigen der Sowjetbotschaft Berns, die am 11. Mai in Zürich ertappt werden konnten, sind wohl auch nur ein Einzelfall. Jedenfalls war die künstliche sowjetische Entrüstung und propagandistische Ausschachtung des Zwischenfalles sehr unverantwortlich, um nicht mehr zu sagen. Doch entspricht es durchaus der kommunistischen Dialektik, eine Unschuldsmiene aufzusetzen, wenn man selber im Fehler ist.

Für die rote Moral gilt ja nur, was dem Kommunismus nützt. Im übrigen haben die Sowjets, die ebenfalls Erkundungsflüge über fremden Ländern oder Erkundungsfahrten mit Unterseebooten in fremden Gewässern ausführen, es gar nicht nötig, zu so abenteuerlichen Methoden der Spionage zu greifen, wie die Alliierten, weil die freie Welt, und unter ihr ganz besonders die Vereinigten Staaten sehr, sehr offen daliegen, wovon sich Chruschtschow bei seinen Staatsbesuchen in den USA und in Frankreich eigentlich selbst hätte überzeugen können.

*



Wie jedes Jahr wurden auch im Frühjahr 1960 an der Sustenstraße ganze Felspartien von lockern Blöden gesäubert, um die den sommerlichen Reiseverkehr gefährdenden Steinschläge zu verhindern.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Was Berlin betrifft, so hat sich im Berichtsjahr gar nichts geändert. Die Härte des Westens, die absolute Unnachgiebigkeit vor allem Washingtons, die wohl in erster Linie auf den ständigen Druck Bundeskanzler Adenauers zurückzuführen ist, hat es zustande gebracht, daß Chruschtschow seine Finger wieder zurückzog. Das Ende November 1958 gesetzte Berlin-Ultimatum auf Abzug der westlichen Truppen aus der ehemaligen Reichs-

hauptstadt ist just am Beerdigungstag von John Foster Dulles unbenützt abgelaufen. Seither verging ein Jahr, ohne daß zwar die Russen und die Ostdeutschen mit ihren Drohungen nachgelassen hätten, aber auch ohne daß die westlichen Alliierten auch nur einen Fuß hätten preisgeben müssen. Diese Tatsache ist eigentlich fast ein Wunder. Denn der Westen, namentlich Europa, ist alles andere als einig. In der NATO ergaben sich besondere Differenzen durch die eigensinnigen vorgefaßten Meinungen de Gaulles, wonach Frankreich immer noch die „Große Nation“ spielen und dementsprechend Befehle erteilen könne. So verweigert er die Errichtung von NATO-Stützpunkten in Frankreich, ist aber gleichzeitig verstimmt, daß die USA und Großbritannien ihn nicht als gleichberechtigten Partner in den Klub der Atom-mächte aufnehmen wollen. Er verwendete daher große Mühen und viel Geld auf die Entwicklung eigener Atombombenversuche. Schon zweimal

sind in der Sahara solche Versuchsexplosionen durchgeführt worden; die erste erfolgte am 13. Februar. Auf Grund der genannten Weigerung sah sich die NATO gezwungen, 200 amerikanische Düsenkampfbomber von Frankreich nach Großbritannien und Westdeutschland zu verlegen. Wenn diese Weigerung de Gaulles nur nicht eines Tages Frankreich selber zum Verhängnis wird!

Auch auf anderen Gebieten gebärdet sich der französische Staatschef sehr selbstsicher und den anderen Westmächten gegenüber rücksichtslos. Wahrscheinlich hat er bereits vergessen, was er ihnen verdankt: Sie waren es, die ihn vor 16 Jahren zum Befreier Frankreichs werden ließen, obwohl er damals eigentlich ein General ohne Truppen war. An einem dieser Punkte sind wir Schweizer sehr stark mitinteressiert. Es handelt sich um den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas. Wenn wir heute praktisch zwei verschiedene Gruppen haben (zwei Blöcke ist vor-

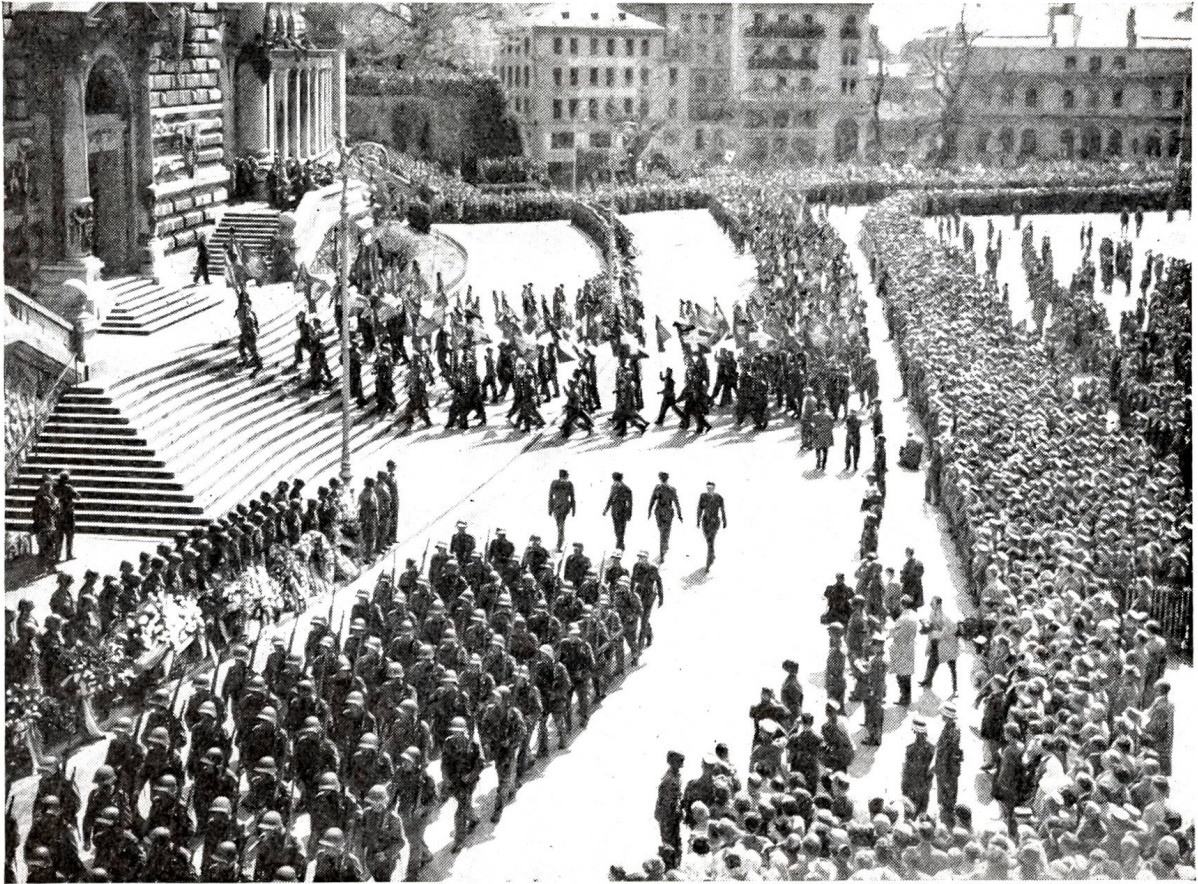
läufig noch zu viel gesagt), so ist dies weitgehend Frankreich zu verdanken, das sich einfach nicht mit einer Großen Freihandelszone abfinden konnte, wie sie ursprünglich im Rahmen der 17 (heute, nach dem inzwischen erfolgten Beitritt Spaniens 18) OEEC-Staaten geplant war. Es blieb beim Vertrag von Rom, nach welchem Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg zusammen eine wirtschaftliche Einheit, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), bilden, ihre gegenseitigen Zölle senken und eine Zollaufhebung anstreben. Sieben andere Mitgliedstaaten nahmen den Gedanken einer Freihandelszone wieder auf und beschloßen unter sich, dem Vertrag von Rom mit dem Gemeinsamen Markt



† General Henri Guisan

Unser Bild von der Trauerfeier in Lausanne zeigt, wie der Sarg in die Lausanner Kathedrale getragen wird. In der Mitte das Pferd des verstorbenen Oberbefehlshabers, das im Trauerzug dem Sarg folgte.

Photopress-Bilderdienst, Zürich



† General Henri Guisan

In der Trauerfeier in Lausanne zeigte sich zum letztenmal die Volksverbundenheit des verstorbenen Generals, die in den 15 Jahren seit seinem Rücktritt nicht abgenommen hatte. Man schätzte, daß 300 000 Personen am Tage der Trauerfeier in Lausanne weilten.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

eine „Kleine Freihandelsassoziation“ gegenüberzustellen. Um die Jahreswende war es soweit, daß ein schwedischer Minister bei den Regierungen von Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Portugal, Österreich und der Schweiz die Unterschriften unter die Dokumente einholen durfte. Sie liegen nun bei der Regierung Schwedens als dem siebenten Partner wohlverwahrt, allerdings nicht um zu verstauben, sondern um verwirklicht zu werden. Die Kleine Freihandelsassoziation oder EFTA, wie sie sich kürzer nennt, bezweckt nicht so sehr, gegenüber dem Gemein-

samen Markt einen Gegendruck auszuüben, sondern vielmehr, ihn doch noch zu bewegen, eine gesamteuropäische Lösung anzustreben. Die Ziele der EFTA sind im Grunde genommen die gleichen wie beim Gemeinsamen Markt. Nur sollen sie, im Gegensatz zur EWG, auf rein wirtschaftlichem Boden verwirklicht werden und die einzelnen Mitglieder sollen politisch und militärisch die volle Souveränität behalten.

Anlässlich einer OEEC-Konferenz in Paris wurde im März von den EFTA-Ländern der Vorschlag eingebracht, die Ideen der seinerzeitigen

großen Freihandelszone auf alle GATT-Länder (es sind heute über 40, darunter auch die USA und Kanada) auszuweiten. Von den sechs Ländern der EWG ist dieser Vorschlag ganz still unter den Tisch gewischt worden; man hat nicht einmal ernsthaft darüber diskutiert. Es scheint uns jedoch, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, zumal die USA wegen der Verwirklichung der EFTA und vor allem der EWG größere Befürchtungen für die eigene Wirtschaft hegen. Je länger je mehr läßt sich darüber die Meinung herauskristallisieren, daß sich die USA unbedingt in irgendeiner Form dem europäischen Markt anschließen sollen. Das läßt sich aber nur auf Grund einer Lösung realisieren, die einen großen Rahmen hat und für die verschiedensten Partner offensteht. Als Organisation käme hier sehr wohl das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) in Frage, dem die Schweiz vor rund 1½ Jahren als provisorisches Mitglied auch beigetreten ist.

*

Das Kapitel Unruhen ist diesmal wieder besonders groß. In Südafrika führten Demonstrationen zu wochenlangen Unruhen, bei denen sogar ein Attentat auf den Ministerpräsidenten verübt wurde, bei dem er allerdings glücklicherweise nicht tödlich verletzt wurde. Motiv der Ausschreitungen war und ist die starre Haltung der südafrikanischen Regierung in der Rassenfrage, in der Tat eine Angelegenheit, die dem kulturellen Niveau des 20. Jahrhunderts schlecht ansteht. Erfreulicherweise ist es im Süden der Vereinigten Staaten eher etwas ruhiger geworden. Hauptgrund dafür ist wohl, daß Gouverneur Fobus, beeinflusst durch die moralische Aufrüstung von Caux, einsichtiger geworden ist. Aber in Panama erfolgten antiamerikanische Ausschreitungen, in Kuba rumorte es fast ständig, und in Südkorea führten Studenten- und andere Demonstrationen zum Sturz der diktatorischen Regierung Syngman Rhee, der seit der Teilung Koreas in einen nördlichen (kommunistischen) und einen südlichen Teil diesseits des 38. Breitengrades Staatsoberhaupt war. Die Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren hat gezeigt, daß die Ideen des damaligen amerikanischen Oberkommandierenden, General MacArthurs, gar nicht so absurd

waren. Nach ihm hätte ganz Nordkorea zurückerobert werden müssen. Heute benötigen die Kommunisten in allen geteilten Ländern der Erde (Korea, Deutschland, Vietnam) alle Gelegenheiten, um auf der freien Seite Unruhen zu stiften. In Südkorea liegt der Fall allerdings insofern etwas anders, als die Unruhen nicht etwa von kommunistischen Demonstranten stammten, sondern von freitlich gesinnten Jugendlichen, zur Hauptsache Studenten. Der Verdacht liegt jedoch nahe, daß die kommunistische Infiltration doch mitbeteiligt war, vielleicht auch nur insofern, als im Regierungsgebäude mehr und mehr antiwestliche Strömungen durchbrachen, denen es Einhalt zu bieten galt.

Größere Unruhen wurden schließlich aus der Türkei gemeldet, wo seit langem die Presse geknebelt und die Opposition mundtot zu machen versucht wird. In der Türkei gibt es wohl außer den engsten Freunden der herrschenden Partei keine Journalisten und Redaktoren mehr, die nicht einige Zeit im Gefängnis zugebracht hätten. Anlässlich einer NATO-Ministertagung kam es deshalb in verschiedenen Städten der Türkei zu Aufständen, Schießereien und Einkerkierungen. Diese Erhebungen führten denn auch in den letzten Tagen des Monats Mai zum Sturz der verhassten Regierung Menderes, indem eine Gruppe von Armeeangehörigen eine Militärdiktatur ausrief. Die für die Zukunft des Westens sehr wichtigen Vorgänge in der Türkei, die Mitglied der NATO ist, werden mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen.

Von besonderer Bedeutung waren sodann die Unruhen in Nowa Huta bei Krakau, wo die Behörden ein Kreuz auf einem großen Platz beseitigen wollten. Schon vor Jahren haben die polnischen Behörden dem Bau einer neuen Kirche grundsätzlich zugestimmt, die Verwirklichung des Projektes aber immer wieder hinauszuschieben verstanden. Die katholische Bevölkerung hat schon vor längerer Zeit hier ein großes Kreuz aufgestellt. Dieses hätte nun beseitigt werden sollen. Aber es kam anders. Die Demonstrationen waren so eindeutig, daß Gomulka krepfen mußte. Wie er das Chruschtschow klargemacht hat, ist nicht unsere Sorge. Jedenfalls zeugt das Verhalten der Polen in der Stadt Nowa Huta, daß der Widerstands-

geist noch nicht gebrochen ist. Auch wenn das Regime im Laufe der letzten Monate die Maßnahmen gegen die Kirche erneut verschärft hat, so dürfen wir uns doch aufrecht darüber freuen, daß es wenigstens in diesem Land noch eine gewisse persönliche Freiheit gibt. Eigentlich sollten wir nichts unversucht lassen, um den Polen im Rahmen des Möglichen zu helfen. Wie sehr die Sowjetunion die Satelliten sonst in den Fingern hat, konnte wiederholt festgestellt werden. Oft mußten sie auf Weisung des Kremls diplomatische Vorstöße im Westen übernehmen. Abte Chruschtschow den Rotenaustausch selber aus, so hatten die Satelliten mindestens nachzudoppeln. Unlänglich seines Besuches in Budapest verteidigte der Sowjetdiktator die seinerzeitige Intervention der Sowjettruppen, und Kadar erklärte Ende November, daß trotz des Versprechens auf Rückzug dieser Truppen diese nach wie vor in Ungarn verbleiben (als Freunde zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung!).

*

Es scheint, daß wir wieder in eine Erdbebenperiode geraten sind ähnlich derjenigen von 1939/40. Kleinere Beben kamen und kommen immer wieder vor. Aber schon lange waren sie nicht mehr so zahlreich und vor allem nicht mehr so heftig wie seit Sommer 1959. Mehreren leichteren Beben, die sich auf die verschiedenen Erdteile verteilten, folgten im Winter und Frühjahr 1960 die beiden großen Erdbeben von Agadir und Lar, die Tausende von Menschenleben urplötzlich und unerwartet dahinrafften. Die internationale Hilfsaktion, die in beiden Fällen sofort einsetzte, scheint nicht unbedingt und vorbehaltlos geschätzt worden zu sein. Jedenfalls waren die marokkanischen Behörden so mißtrauisch, daß nicht einmal alle Ärzte und Schwestern, die aus allen Ländern zu Hilfe eilten und in das Katastrophengebiet flogen, zugelassen wurden. Formalitäten waren wichtiger



1959: Das Weinjahr des Jahrhunderts?

Nach mehreren schlechten und namentlich qualitativ nicht befriedigenden Jahren darf erfreulicherweise das Jahr 1959 wieder einmal als Spitzenjahr bezeichnet werden.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

als Menschenleben. Auf der anderen Seite ist es bestimmt ein schöner Zug der modernen Zeit, daß im Notfall so rasch und so umfassend Hilfe angeboten wird.

Zum dritten Mal suchte dann, im Mai 1960, eine gewaltige Erdbebenkatastrophe einen Teil der Erde heim, raffte Tausende von Menschenleben dahin und schädigte Zehntausende an Leib und Seele, an Hab und Gut. Nach Agadir und Lar war Chile an der Reihe. Man glaubt, daß in Chile durch die zahlreichen Erdstöße und an verschiedenen Orten im Pazifischen Ozean durch die Springflut, hervorgerufen durch die Erdbeben von Chile, gegen 1½ Million Menschen irgendwie betroffen worden sind. Die amtlichen Schätzungen berichten von 5000 Toten allein in Chile. Zum drittenmal hat die internationale Hilfsbereitschaft eingesetzt und bewiesen, daß die Not der fernen Chilenen uns im freien Westen, vor allem in Europa und in Nordamerika, nicht weniger im Herzen brenne wie vorher die der Marokkaner und im März die der Perser.

*

In einer Solidaritätskundgebung der Atlantikmächte wurde Ende Mai nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Hoffnungen und Erwartungen auf eine Gipfelkonferenz nicht beerdigt haben. Sie bedauerten, daß die Entspannung der Weltlage wegen der Haltung des sowjetischen Ministerpräsidenten nicht Tatsache wurde. In Anwesenheit der drei bedeutenderen westlichen Außenminister wurde so zum Ausdruck gebracht, daß die Westmächte geeinter und geschlossener dastehen als vor der Gipfelkonferenz. Insofern hatte der Scherbenhaufen von Paris also doch seine positiven Auswirkungen.

Aus dem Balkan wurde bekannt, daß die dortigen Satellitenregierungen davon abgekommen sind, wie bisher Künstler auf Auslandstournees zu schicken. Bewilligungen für Auslandsreisen werden nur in noch beschränkterem Ausmaß erteilt. Die Fälle von Nichtheimkehrern

hatten sich nämlich gehäuft. Auch ist der rumänische Kulturattaché in Paris seiner Regierung untreu geworden. Weitere Absprünge und Fluchten von bedeutenden Persönlichkeiten ereigneten sich sozusagen während des ganzen Jahres, wie auch der Flüchtlingsstrom aus dem Osten, namentlich aus Ostdeutschland via Westberlin, überhaupt nicht mehr abzureißen scheint. – Aus einem Balkanstaat, aus Jugoslawien nämlich, traf die Trauerkunde vom Ableben des kroatischen Erzbischofs von Zagreb, Kardinal Alois Stepinac ein, der kurz nach Kriegsende, 1946, von einem titoistischen Gericht zu 16 Jahren Kerker verurteilt worden war. Die damalige Verurteilung war eines der Ereignisse, welche die ganze freie Welt aufrüttelten und den Aufstakt bildeten zum stalinistischen Jahrzehnt der Terrorisierung Osteuropas.

Eine Art Terrorisierung gab es aber auch in den USA. Dort ist im Frühjahr 1960 der mehrfache

Mörder Caryl Chessman endlich hingerichtet worden, nachdem während Jahren die Vollstreckung des Urteils unzählige Male hinausgeschoben, neu festgesetzt und wieder verschoben worden war. Chessman hatte während seiner Gefängnisjahre Jurisprudenz studiert und hat es unter Mithilfe von Anwälten unternommen, jede Lücke im amerikanischen Recht auszunützen und jede Möglichkeit eines Aufschubes seiner Verurteilung aufzuspüren. Die ganze Problematik der Todesstrafe zeigte sich erneut an diesem Fall; aber es wurde auch deutlich, daß auch ein freiheitliches Rechtssystem in seiner Anwendung nicht immer problemlos ist.

*

Mehr positive Dinge dürfen wir aus der Schweiz



Auch Neubauten können brennen.

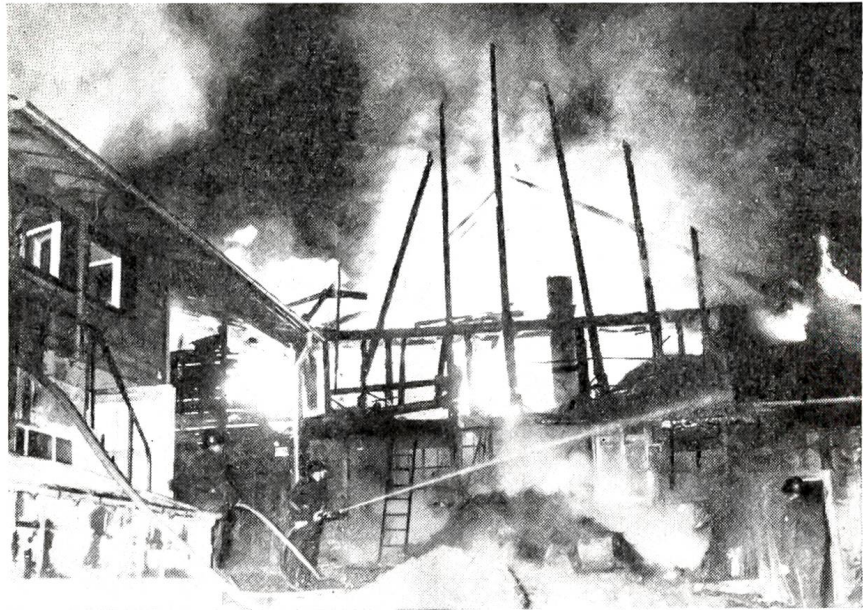
An der Länggassstraße in Bern brannten der ganze Dachstuhl und die obersten Stockwerke eines erst vor wenigen Jahren fertig gewordenen Neubaus aus.

Photo W. Nydegger, Bern

berichten. Die Hochkonjunktur hielt das ganze Jahr über an, ja kletterte noch weiter in die Höhe. Die Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wurde stets noch kritischer. Je länger je weniger gelingt es, qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten, wenn neue Stellen infolge der weiter voranschreitenden Arbeitszeitverkürzung, größerer Arbeitsanhäufung oder aus anderen Gründen geschaffen werden müssen. Fast noch schwieriger ist es, gutes Personal zu ersetzen, wenn dieses altershalber ausscheidet, die Stelle zwecks Weiterbildung oder aus andern Gründen wechseln will. Zwar haben wir etliche

Hunderttausend Ausländer in unserem Land, die hauptsächlich in der Baubranche, im Hausdienst, in Hotels, Restaurants und Tea Rooms tätig sind. Aber auch da wird es immer schwerer, tüchtige Leute zu engagieren. Schließlich ist die Schweiz nicht das einzige Land, das sich um Fremdarbeiter interessiert. Jüngst ist daher die Frage aufgeworfen, aber noch nicht beantwortet worden, ob es nicht möglich wäre, in größeren Kontingenten spanische Fremdarbeiter in die Schweiz zu holen.

Die Baukonjunktur scheint 1960 geradezu zu überborden. Jedenfalls sah sich der Delegierte des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung im Frühjahr erneut genötigt, einen dringenden Aufruf zu erlassen, soweit als möglich mit Bauvorhaben zurückzuhalten und dem Wohnungsbau und damit im Zusammenhang dem Bau von Schulen, Spitälern, Straßen usw. den Vorrang zu lassen! Das ist freilich schneller und leichter gesagt als getan. — Der Autobahnbau hat im Berichtsjahr da und dort begonnen, obwohl mit Ausnahme des Teilstückes Lausanne-Genf die gesetzlichen Grundlagen für die Mitfinanzierung durch den Bund noch fehlten. (Die Verfassungsgrundlage ist seit



Im Februar 1960 vernichtete ein Großbrand die Gärtnerei Bächler in Muri bei Bern

Photo W. Andegger, Bern

Juli 1958 vorhanden.) Nach dem historischen Spatenstich am 22. April 1959 durch Bundesrat Etter hat der Bau der ersten größeren Autobahnstrecke in der Schweiz ernsthaft eingesetzt. Zwischen Lausanne und Genf zeigen sich an mehreren Orten größere Baustellen. Auch der Kanton Bern, sonst einer der schnellsten nicht, hat vor Monaten schon die neue Grauholzstrasse in Angriff genommen. Ein anderes, ebenfalls sehr großes Bauprojekt, der neue Berner Hauptbahnhof, nimmt, unterirdisch wenigstens, allmählich Gestalt an.

Auf dem Gebiete der Politik ist das wichtigste Ereignis die Neuwahl des Bundesrates für eine neue vier Jahre dauernde Amtsperiode. Erstmals sind zwei Sozialdemokraten in die Landesregierung gewählt, erstmals auch ist der Bundesrat nach dem tatsächlichen Kräfteverhältnis bei den größeren Parteien des Landes zusammengesetzt worden. Eine weitere Eigenheit der Wahlen vom 17. Dezember war der Umstand, daß über die Hälfte der Mitglieder neugewählt werden mußten. Viererwahlen waren in der Tat in diesem Jahrhundert noch nie vorgekommen. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß alle vier neuen Bun-

desräte (von Moos, Bourgnacht, Spühler und Tschudi), vorher im Ständerat saßen, Bourgnacht und Tschudi übrigens unmittelbar nebeneinander. Den Bundesratswahlen voraus gingen die Nationalratswahlen am 25. Oktober, bei denen keine großen Veränderungen eintraten. Die Freisinnigen und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei konnten je ein Mandat gewinnen, die Sozialdemokraten verloren zwei, und die konservativ-christlichsoziale Fraktion blieb zahlenmäßig unverändert. Die Partei der Arbeit verlor ihren letzten Sitz in der deutschen Schweiz und ist nunmehr mit 3 welschen Abgeordneten im Parlament vertreten. Kleineren Splittergruppen, die in den Kantonen Bern und Aargau auftraten, blieb der Erfolg versagt. Es lohnt sich offenbar in der Schweiz einfach nicht, ein Extrazüglein führen zu wollen, wenigstens nicht auf eidgenössischem Boden.

Einige personelle und parteimäßige Veränderungen ergaben sich innert kurzer Zeit im Ständerat. Im Vergleich zur Stabilität, welche sonst für diese Kammer bezeichnend ist, hat sich geradezu ein Erdbeben ereignet. Wo zusammen mit den Erneuerungswahlen in den Nationalrat gleichzeitig auch Volkswahlen in den Ständerat durchgeführt wurden, vollzogen sich diese in Bestätigung der bisherigen Amtsträger oder der offiziellen und unbestrittenen Ersatzkandidaten für Demissionäre. Nicht so im bernischen Großen Rat, wo für den zurückgetretenen Sozialdemokraten Moedli der Freisinnige Jeanneret aus St. Zimmer gewählt wurde. Durch die Neuwahl von vier Bundesräten sind sodann am 17. Dezember gleich vier Ständevertretungen vakant geworden. Je im zweiten Wahlgang wurden als Nachfolger für die beiden sozialdemokratischen Bundesräte bürgerliche Standesherren gewählt. In Basel-Stadt ersetzt der freisinnige Redaktor Dr. Eugen Dietrich Bundesrat Tschudi; im Kanton Zürich wählte das Volk für Bundesrat Spühler Regierungsrat Rudolf Meier, Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Die beiden konservativen Bundesräte haben wiederum der gleichen Partei angehörende Nachfolger erhalten, Bundesrat Bourgnacht in Ständerat Roggo, Bundesrat von Moos in Landammann Dr. Gotthard Odermatt. Mit diesen Ersatzwahlen sank die sozialdemokratische

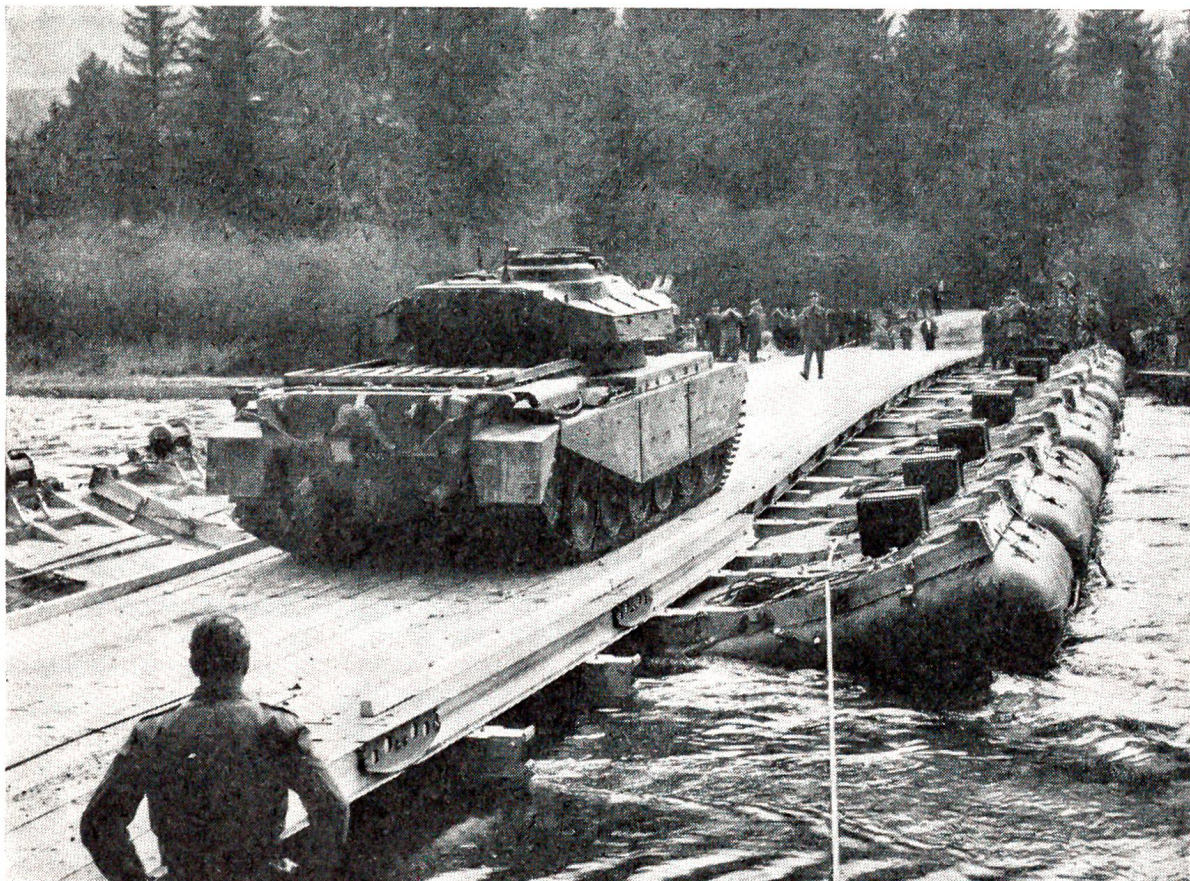
Delegation im Ständerat auf nurmehr 2 Mitglieder. Sie verlor also innert wenigen Monaten 60 Prozent ihres Bestandes. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Partei, die stimmenmäßig immerhin die größte des Landes ist, diese Scharte eines Tages wieder wird auswehen können. Ein flügeres Vorgehen vor den Bundesratswahlen hätte vielleicht einen derart starken Verlust vermeiden lassen. Doch gilt auch hier das Sprichwort: Durch Schaden wird man klug.

*

Stand im Jahre 1958 die Ausstellung der Schweizer Frau, nämlich die zweite Saffa, hinsichtlich Ausstellungen im Mittelpunkt des Interesses, so nicht weniger im Berichtsjahr die schweizerische Gartenbauausstellung, die ebenfalls am Ufer, ja sogar an beiden Ufern des Zürichersees durchgeführt wurde. Inzwischen haben die Vorbereitungen begonnen für eine 1961 in Bern stattfindende Ausstellung, nämlich die Synpa. Nicht weniger intensiv wird bereits an den Plänen für die nächste schweizerische Landesausstellung gearbeitet. Sie soll im Sommer 1964 ihre Pforten öffnen, und zwar diesmal an den lieblichen Gestaden des Genfersees, in der unmittelbaren Nähe der Stadt Lausanne. Zum Chefarchitekten ist vom zuständigen Organisationskomitee ein Tessiner oder wenigstens ein im Tessin Wohnhafter gewählt worden: Alberto Camenzind. Damit kommt auch die Südschweiz bei der Verteilung der verantwortungsvollsten Posten für diese gesamt-schweizerische Veranstaltung zum Zuge, wie es sich für die Schweiz mit ihren drei Amtssprachen gebührt.

*

Wenn in der Landespolitik die eigentlichen Sensationen glücklicherweise wiederum ausblieben, so ging es doch auch 1959 nicht ohne Erschütterungen ab. Noch allen Schweizern stand der jähe Tod von Bundesrat Dr. Markus Feldmann, für alle Berner ein Begriff, in frischer Erinnerung, als mitten im Sommer Bundesrat Dr. Giuseppe Lepori einen mehrmonatigen Urlaub antreten mußte. Wohl konnte er sich bis gegen Jahresende wieder weitgehend erholen. Aber als Bundesrat mußte er demissionieren. Schaffensdrang und



Diese von Sappeuren bei Münsingen erstellte Kriegsbrücke über die Aare trägt über 50 Tonnen, was der darüberfahrende Centurion-Panzer beweist.

Photo W. Wydegger, Bern

große geistige Fähigkeiten, die dieser Mann ohne Zweifel in reichem Maße besaß, sträubten sich lange gegen eine vorzeitige Demission. Desgleichen sah sich Bundesrat Holsenstein, der ein erstes Mal von einer EFTA-Tagung in Stockholm etwas angeschlagen heimgekehrt ist und der dann später ebenfalls ernsthaft erkrankte, früher als erwartet zum Rücktritt aus dem Bundesrat gezwungen. Glücklicherweise haben sich beide Magistratspersonen unterdessen soweit erholt, daß sie noch da oder dort im Dienst des Landes an verantwortungsvoller Stelle tätig sein können.

Einen großen Patrioten, wir möchten sagen den „Ur-Schweizer“ während des zweiten Welt-

krieges, hat die Eidgenossenschaft am 8. April 1960 verloren, als General Henri Guisan sein irdisches Leben beendete. In seinem Heim in der Nähe Lausannes ist der General, dem wir alle so unendlich viel zu verdanken haben, umgeben von seinen nächsten Angehörigen, verschieden. Vier Tage später fand in Lausanne und Bully ein Staatsbegräbnis statt, wie es die Schweiz noch niemals erlebt hat. Gegen eine Dreitmillion Schweizer und Schweizerinnen umsäumten die Straßen und Plätze, fanden sich auf dem Friedhof oder in der Kathedrale von Lausanne ein, wo die Trauerfeierlichkeiten ihren Höhepunkt erreichten. Wohl Tausende von Wehrmännern des zweiten Weltkrieges

haben zu Hause, am Arbeitsplatz oder in einem öffentlichen Lokal die Trauerfeier vor dem Fernsehapparat mitverfolgt. Unwillkürlich standen einem Bilder vor Augen mit dem verstorbenen General im Mittelpunkt, etwa von der feierlichen Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung Ende August 1939 oder von seinem Besuch in der Landesausstellung in Zürich. Unauslöslich bleibt der Rütli-rapport von 1940, eine Heldentat in gefährvoller Stunde, jedem in Erinnerung, der mit dabei sein durfte. Volk und Behörden der Schweiz werden dem verstorbenen General nie genug dafür danken können, was er alles als militärischer Chef und als großer Bürger eines kleinen Landes geleistet hat.

Es wäre noch manches zu erwähnen aus der engeren und weiteren Heimat. Die Chronik hätte aber einen ganz entscheidenden Mangel, würde die Einführung der Invalidenversicherung auf den 1. Januar 1960 nicht wenigstens erwähnt. Im Gegensatz zur AHV hat dieses große

Sozialwerk die Referendumsklippe bereits im ersten Anlauf glücklich umsegelt; ohne Volksabstimmung konnte es in Kraft gesetzt werden. Es liegt nicht zuletzt im Geiste des verstorbenen Generals, wenn hier eine Tat gesetzt wurde, die zwar von jedem einzelnen materielle Opfer verlangt, die aber von unschätzbarem Wert sein kann für jene, die das große Unglück haben, durch einen Unfall oder sonst ein Ereignis ganz oder teilweise invalid zu werden. – Mit diesem kurzen Hinweis wollen wir die diesjährige Chronik schließen und die Hoffnung aussprechen, daß der Chronist im kommenden Jahr wieder recht viel Erfreuliches und Positives festhalten kann.

Immer gewissenhaft

Der Einsteigedieb nahm die Uhr vom Nachtschisch. Der Wohnungsinhaber erwachte und sagte: „Warten Sie, ich stelle sie Ihnen, sie bleibt immer etwas nach!“

Schöne Ausichten

„Entschuldigen Sie“, sagt der alte Herr auf dem Fundbüro, „ich habe hier ein Paket mit Fischen gefunden!“ „Schön“, sagt der Beamte, „wenn sich innerhalb Jahresfrist niemand meldet, gehören sie Ihnen!“

Tischgeflüster. Zum Abschluß wurde die Käseplatte herumgereicht. Herr Bulrich fragte seine Tischdame: „Lieben Sie Gonzola?“ Sie errötete und flüsterte: „Zu meiner Schande muß ich Ihnen gestehen, daß ich noch nichts von ihm gelesen habe.“

Das gute Haus. „Ist die Dame auch aus gutem Hause?“ fragt der Kunde beim Heiratsvermittler. „Nicht nur das, mein Herr! Es gehört ihr auch!“



Vereidigung der neuen Bundesräte

Zum erstenmal seit Jahrzehnten mußten in der Dezembersession 1959 vier Bundesräte ersetzt werden. Unser Bild zeigt die vier Neugewählten. Von links nach rechts: Bourgnicht (vierter von links), Spühler, von Moos, Tschudi.

Photo W. Rydegger, Bern